

Wenn Politiker zwei Hüte tragen

Ein Verband, der seinen eigenen Präsidenten im Parlament weiss, braucht keine Lobbyisten. Es gibt jedoch auch gute Gründe dafür, die Verbandsspitze nicht aus den eidgenössischen Räten zu rekrutieren.

von Simon Hehli 8.7.2015, 05:30 Uhr

Sie haben viel und schlechte Presse, die Lobbyisten, die in der Wandelhalle Politiker abpassen. Bei der durch die Kasachstan-Affäre befeuerten Debatte geht jedoch zuweilen vergessen, dass es für Verbände elegantere Möglichkeiten der Einflussnahme gibt. Eine davon ist es, direkt einen Parlamentarier anzubinden, indem man ihn in den eigenen Vorstand wählt. Wie eine Auswertung der öffentlich zugänglichen Interessenbindungen ergibt, schmücken sich mehr als hundert national tätige Verbände oder Stiftungen mit einem Präsidenten aus dem National- oder Ständerat. Hinzu kommen zahlreiche Vorstandsmandate.

Das inhaltliche Spektrum dieser Interessenverbände ist so gross, wie ihr gesellschaftliches Gewicht unterschiedlich ist. Ob Rinderzüchter, Kinofreunde, Krankenkassen, Gewerkschaften, Motorradfahrer, Wanderer, Freiberufler, Städte, Abstinenzler oder Zivilschützer: Alle sind sie von einem Parlamentarier geführt. Besonders beliebt sind SVP-Vertreter. Von ihren 59 Parlamentariern haben 21 mindestens ein Präsidiumsmandat, bei der SP sind es 20, bei der CVP 16 und der FDP 12.

Infos aus den Kommissionen

Ihre oftmals gut entlöhnten Repräsentanten halten die Verbände nicht nur zum Schaulaufen. Im Fall Markwalder gaben vor allem die eigentlich vertraulichen Informationen zu reden, die aus der nationalrätlichen Kommission den Weg nach Kasachstan fanden. Für die Verbandsvertreter ist es jedoch Courant normal, dass sie die Geschäftsstelle auf dem Laufenden halten über Traktandenpunkte der Kommissionen, die für die Verbände von strategischer Bedeutung sind – Kommissionsgeheimnis hin oder her. Das geben mehrere Verbandsfunktionäre hinter vorgehaltener Hand zu. «Es gibt Abstufungen. Die Parlamentarier teilen uns nicht gerade jedes Geheimnis mit», präzisiert ein Funktionär. «Aber einen Informationsfluss gibt es auf jeden Fall.»

Natürlich geht es auch darum, die eigenen Anliegen rechtzeitig deponieren zu können. «Wir haben den Vorteil, dass unser Präsident Paul Rechsteiner sehr nah an den für uns zentralen Dossiers dran ist», sagt Thomas Zimmermann vom Gewerkschaftsbund. Ähnlich klingt es beim Krankenkassenverband Santésuisse, der sich die Dienste von Heinz Brand (svp.) gesichert hat.

«Der direkte Draht ins Parlament ist uns wichtig», sagt auch Sandra Helfenstein, Sprecherin des Bauernverbandes. Dieser ist durch Präsident Markus Ritter (cvp.) und Direktor Jacques Bourgeois (fdp.) gleich doppelt im Nationalrat vertreten. So kann der SBV auch auf bezahlte Lobbyisten verzichten. «Bei der Überzeugungsarbeit ist das grosse Netzwerk unserer Vertreter sehr hilfreich», sagt Helfenstein. Ein Parlamentsmandat sei zwar keine Voraussetzung, um Präsident zu werden, aber es sei sehr erwünscht.

Im Vorstand des Hauseigentümergebietes (HEV) sitzen Politiker aller drei grossen bürgerlichen Parteien, das Präsidium hat SVP-Nationalrat Hans Egloff inne. «Über ihn und die anderen Vorstandsmitglieder können wir direkt Vorstösse in den Legislativbetrieb eingeben», sagt HEV-Direktor Ansgar Gmür. Andere Parlamentarier zierten sich eher, wenn der Verband mit einem Wunsch an sie herantrete. «Und kommt der Vorstoss von unserem Präsidenten, hat er mehr Gewicht.» Egloff hat in den letzten beiden Jahren sechs Vorstösse eingereicht, die in Zusammenhang mit seinem Mandat stehen.

Brückenbauer gesucht

Die Rolle Egloffs gehe jedoch über jene des Briefträgers für den Verband hinaus, betont Gmür. «Er spiegelt für uns auch die Politik zurück und sagt uns, wie wir unsere Anliegen so einbringen, dass wir erfolgreich sind.» Ein langjähriger Bundeshaus-Lobbyist sagt, es sei für einen Verband von Vorteil, wenn dessen Präsident eine kritische Distanz habe. Einerseits, weil er so den Verbandsfunktionären klarmachen könne, wenn sich diese bei einem Geschäft auf dem Holzweg befänden. Andererseits, weil ein Politiker, der blind die Verbandsinteressen vertritt, im Parlament schnell an Glaubwürdigkeit verliert. «Es sind vielmehr Leute gesucht, die als Brückenbauer über ihre eigene Fraktion hinaus Mehrheiten beschaffen können.»

Einen politisierenden Präsidenten zu haben, bringt jedoch nicht nur Vorteile mit sich. Das Risiko besteht, dass ein Verband in der öffentlichen Wahrnehmung mit seinem Aushängeschild – und mit dessen Partei – gleichgesetzt wird. Einige einflussreiche Verbände verzichten deshalb auf eine solche Lösung, etwa Economiesuisse, der Arbeitgeberverband (SAV), Interpharma oder die Bankiervereinigung. «Weil die Mitglieder des Präsidiums auf einen unvoreingenommenen und konstruktiven Zugang zu allen Parteien angewiesen sind, erachten wir es derzeit als vorteilhaft, wenn sie parteipolitisch ungebunden sind», sagt Michael Wiesner von Economiesuisse. Laut SAV-Sprecher Fredy Greuter ist die zeitliche Vereinbarkeit eines Parlamentsmandats mit den Aufgaben im Präsidium nicht gewährleistet. «Ohne politisches Mandat ist der Präsident zudem völlig frei in seinen Entscheidungen, da es keine Interessenbindungen gibt.»

Weitergehende Informationen unter:

<http://www.nzz.ch/schweiz/wenn-politiker-zwei-huete-tragen-1.18576056>

© NZZ